10 Wahlprüfsteine

Wahlprüfsteine des SoVD Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2015

SoVD
Sozialverband Deutschland
Landesverband Hamburg

Herausgeber:
Sozialverband Deutschland e.V., Landesverband Hamburg
Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Telefon (040) 611607-0
Mail: info@sovd-hh.de | Web: www.sovd-hh.de | WebTV: www.sovd-tv.de

Inhalt

Vorwort von Klaus Wicher 3

Die soziale Lage in der Freien und Hansestadt Hamburg 7

Wahlprüfsteine des SoVD Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2015

Wahlprüfstein 1
Armut bekämpfen 10

Wahlprüfstein 2
Senioren mehr Aufmerksamkeit schenken 12

Wahlprüfstein 3
Kinder und Jugendliche bedürfen besonderer Fürsorge 15

Wahlprüfstein 4
Familien mit Kindern beraten und helfen 18

Wahlprüfstein 5
Menschen mit Behinderung einbeziehen und fördern 19

Wahlprüfstein 6
Gleichstellung von Frauen und Männern garantieren 22

Wahlprüfstein 7
Langzeitarbeitslose im öffentlichen Sektor qualifizieren 24

Wahlprüfstein 8
Krankenversorgung und Pflege: nicht streichen, sondern ausbauen 25

Wahlprüfstein 9
Bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Stadtteile 27

Wahlprüfstein 10
Mobilität muss soziale Teilhabe ermöglichen 31

Hamburg braucht eine starke soziale Stimme im Bund 34

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

am 15. Februar 2015 wird die Hamburgische Bürgerschaft neu gewählt – erstmalig für fünf Jahre. Dies ist Ihre Chance auf die Zusammensetzung der Bürgerschaft – das Landesparlament der Freien und Hansestadt – Einfluss zu nehmen und so zukünftige Entscheidungen grundlegend mitzubestimmen. Die Bürgerschaftsabgeordneten formulieren politische Interessen gegenüber dem Hamburger Senat, bestimmen den Haushalt und nehmen unmittelbaren Einfluss auf alle Lebensbereiche in unserer Stadt.

Mit den vorliegenden Wahlprüfsteinen haben wir für zehn Politikbereiche beschrieben, wie wir uns die zukünftige Senatspolitik in Hamburg vorstellen. Damit geben wir Orientierung für eine an gesellschaftlichen Erfordernissen und der sozialen Gerechtigkeit geleiteten Politik in Hamburg. Unsere Themen Armut, Senioren, Kinder und Jugendliche, Familien, Menschen mit Behinderung, Gleichstellung von Frauen und Männern, Arbeitsmarkt, Krankenversorgung und Pflege, Wohnungsbau und Stadt(teil)entwicklung und Mobilität sind Bausteine einer gerechten Sozialpolitik.

Nahezu jede fünfte Hamburgerin bzw. Hamburger gilt als arm oder ist von Armut bedroht (über 18%). Mehr als 225.000 Menschen sind auf Sozialleistungen angewiesen, darunter mehr als 58.000 Kinder und Jugendliche. Der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) hat Probleme seine Aufgaben zu lösen und das Kindeswohl zu sichern. Auf dem Arbeitsmarkt breiten sich Niedriglöhne und prekäre Arbeitsverhältnisse aus, für zahlreiche Menschen reicht ihr Lohn nicht zum Leben. Bezahlbarer Wohnraum fehlt nach wie vor. Dies führt zu einer Isolierung einzelner Quartiere und Verdrängung einkommensschwacher Mieter. Es existieren ungleiche Chancen im Bildungswesen, Alters-

armut nimmt zu und es droht, dass die Zahl nicht mehr bezahlbarer Pflegeplätze steigt. Behinderte Menschen haben es schwerer, angemessene Leistungen zu erhalten. Und das alles in einer Stadt, in der zugleich viele reiche und sehr reiche Menschen leben, die sich gern als eine weltoffene kulturelle Metropole sowie als »Tor zur Welt« darstellt.

Um einen Weg daraus zu finden, bedarf es eines sozialpolitischen Kompasses, einer sozialen Orientierung für politisches Handeln. Betroffene müssen sehr viel mehr als bisher in den Blick von Politik geraten: Kinder sozial schwacher Familien, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Senioren und Seniorinnen in Armut, Langzeitarbeitslose und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in prekärer Beschäftigung sowie Menschen mit Behinderungen. Unverzichtbar ist, dass das Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung weiter forciert wird und hierdurch die soziale Arbeit in den Bezirken eine dezentralisierte Unterstützung erfährt.

Wir haben dafür Vorschläge gemacht, unter anderem den Sozialbericht des Senates bedarfsorientiert, das heißt sozialraumbezogen, auszurichten.

Hamburg braucht eine Politik, die Armut und soziale Spaltungen wirksam bekämpft. Es geht darum, die soziale Integration und den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt zu fördern.

Die Folge unterfinanzierter Bezirke ist, dass es kaum noch kostenfreie Dienstleistungen für in bescheidenen Verhältnissen oder in Armut lebende Senioren und Seniorinnen gibt – wie etwa die Lieferung von Lebensmitteln, das Abnehmen von Gardinen oder die Entsorgung von Müll. Ambulante Pflegedienste werden kaum noch von den Bezirken geprüft. Die Kundencenter der Bezirke stehen unter einem massiven Spardruck, so dass selbst beim Erhalt aller Kundencenter massive Einschränkungen zu befürchten sind. An einen sinnvollen weiteren Ausbau zum Beispiel in Wilhelmsburg, Lurup und Osdorf darf offenbar gar nicht erst gedacht werden. Seniorentreffs geraten seit Jahren immer wieder unter Druck und bangen um ihre Existenz.

Gutes Wohnen und Leben in den Quartieren und Stadtteilen wird eben auch davon bestimmt, ob es gut erreichbare öffentliche Einrichtungen wie Kundenzentren, Familienberatungen, Bauspielplätze, Häuser der Jugend oder etwa Haushaltshilfen für Ältere gibt. Solche

stadtteilnahen Leistungen sind wichtig, wenn die Teilhabe an der Gesellschaft für viele Menschen keine hohle Phrase sein soll.

Politische Entscheidungen müssen stets dem Gemeinwohl dienen und dabei hat die Sozialpolitik die Verpflichtung, besonders den benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft gleichwertige Chancen zur Teilhabe an der Gesellschaft zu eröffnen. In diesem Sinne verstehen wir unsere Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2015.

Der SoVD hat diese Wahlprüfsteine entwickelt, um Ihnen eine Entscheidungshilfe an die Hand zu geben: Fragen Sie Ihre Kandidatinnen und Kandidaten, lesen Sie die Programme der Parteien!

Ihr

Klaus Wicher
1. Landesvorsitzender
Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD),
Landesverband Hamburg

Die soziale Lage in der Freien und Hansestadt Hamburg

In Hamburg leben 42.000 Millionäre und sogar 18 Milliardäre, zugleich sind 18,7% der Hamburgerinnen und Hamburger im Jahr 2013 von Armut betroffen oder armutsgefährdet. Am Jahresende 2012 waren etwa 225.000 Menschen und damit 12,4% der Hamburger Bevölkerung teilweise oder vollständig auf staatliche Sozialleistungen angewiesen, um ihr Leben zu bestreiten.

Kinderarmut

Bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren liegt die Armutsrisikoquote bei 25,6%, dies betrifft 58.000 Hamburger Kinder und Jugendliche. Sie sind im Verhältnis zu anderen Altersgruppen am häufigsten von einkommensbasierter Armut betroffen. Die Armut von älteren Menschen darf ebenso nicht unterschätzt werden – sie ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen. Im Jahr 2013 waren über 22.000 Menschen, die 65 Jahre und älter sind, auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen, weil sie ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können.

Altersarmut

Arbeitslosigkeit

Im September 2014 waren 71.982 Hamburgerinnen und Hamburger arbeitslos gemeldet, von denen 23.289 Personen langzeitarbeitslos, d.h. bereits ein Jahr und länger arbeitslos sind. Hinzukommen 131.659 Menschen, die als Arbeitssuchende registriert waren. Anfang 2014 waren mehr als 35.000 Menschen trotz Erwerbstätigkeit darauf angewiesen, ihren geringen Lohn mit Leistungen des Arbeitslosengeldes II aufzustocken, um über die Runden zu kommen. Fast ein Drittel der Beschäftigten in Hamburg arbeitet in prekären Arbeitsverhältnissen.

Prekäre Beschäftigung

Preisgünstige Wohnungen fehlen

Laut dem Mietenspiegel 2013 für Hamburg betrug die durchschnittliche Nettokaltmiete 7,56 €/m², bei Neuvermietungen beträgt diese sogar 11,83 €/m². Im Jahr 2012 gab es 930.000 Wohnungen, von denen nur rund 97.000 geförderte Sozialwohnungen waren. Für etwa ein Drittel der Sozialwohnungen läuft bis 2017 die Sozialbindung aus. 15.450 Haushalte waren auf einen Zuschuss zu den Wohnkosten angewiesen, damit sie überhaupt die Wohnkosten für angemessenen

und ggf. familiengerechten Wohnraum tragen können. Unter diesen Bedingungen haben einkommensschwache und selbst Menschen, die durchschnittlich verdienen, auf dem Wohnungsmarkt so gut wie keine Chance oder arge Probleme, passenden Wohnraum zu finden.

Pflege-notstand

13.100 Menschen waren am Jahresende 2012 in Hamburg auf Hilfe zur Pflege angewiesen, weil ihre eigenen finanziellen Mittel und die Unterstützung durch andere Stellen wie z.B. die Pflegeversicherung nicht ausreichen, um erforderliche Pflegeleistungen bezahlen zu können. Wesentlicher Wunsch vieler Menschen ist es, auch wenn sie aufgrund ihres Alters, Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Behinderung auf Hilfe angewiesen sind, solange wie möglich ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden und in der vertrauten Wohnumgebung zu führen. Mitunter sind diese Menschen auf Unterstützung bei kleinen und großen Problemen im Alltag und Haushalt angewiesen – z.B. beim Einkaufen und dem Sauberhalten der Wohnung, der Erledigung von Behördenangelegenheiten sowie bei der Mobilitätshilfe und Begleitdiensten. Früher wurden entsprechende Hilfen üblicherweise von Familienangehörigen oder Nachbarn geleistet. Aber die Erosion traditioneller Familienstrukturen haben zur Folge, dass diese Hilfen oft nicht mehr verfügbar sind. Stattdessen müssen neben den pflegerischen Versorgungsangeboten für die Unterstützung der Menschen zu Hause weitere Hilfe in Form sozialer Dienstleistungen angeboten werden, die auch soziale Kontakte und Möglichkeiten zum geselligen Austausch gegen Einsamkeit bieten. Allerdings können sich viele Hilfebedürftige, die hin und wieder Unterstützung brauchen, entsprechende Dienstleistungen nicht leisten, weil sie nur eine geringe Altersrente erhalten oder auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind. Es ist ein Problem, das die existierenden Hilfsangebote und Strukturen, die die Menschen praktisch unterstützen, nicht gefördert sondern immer häufiger behindert werden.

Armut = soziale Ausgrenzung

Ein Blick in die Sozialstatistik lässt erkennen, was auch wahrzunehmen ist, wenn man mit offenen Augen durch Hamburg geht: In unserer Stadt sind viele Menschen von Armut betroffen oder bedroht. Sie können am kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Leben kaum teilhaben oder sind davon gänzlich ausgeschlossen. Eigentlich selbstverständliche Dinge des Lebens sind für zahlreiche Bürge-

rinnen und Bürger unerschwinglich. Hamburg hat sich zu einer gespaltenen Stadt entwickelt, in der Armut und extremer Wohlstand ganz nahe beieinander sind, ohne sich wesentlich zu berühren. Soziale Gerechtigkeit wird oft nicht erreicht, stattdessen ist soziale Ausgrenzung alltägliche Realität.

Gespaltene Stadt

Wahlprüfstein 1

Armut bekämpfen

Fast 225.000 Menschen in unserer Stadt sind auf Sozialleistungen angewiesen um ihr Leben zu bestreiten.[1] 18,7% der Hamburgerinnen und Hamburger leben in Armut oder sind von Armut bedroht.[2] Besonders bedrängend ist die Kinder-, Alters- und Familienarmut. Die Spaltung der Stadt in Arm und Reich ist ein massives Problem und Hamburg driftet sozial weiter auseinander.

Der SoVD fordert wirksame Maßnahmen zur Armutsprävention und Linderung von Armut.

Armuts- und Reichtumsbericht

Erforderlich ist alle zwei Jahre ein Armuts- und Reichtumsbericht für Hamburg mit jeweils aktuellen Daten, Zeitvergleichen und sozialräumlicher Betrachtung der sozialen Lage und Entwicklungen.

Wohngeld

In Hamburg erhielten 14.715 Haushalte zum Ende des Jahres 2012 Wohngeld, das einkommensschwache Bürgerinnen und Bürgern bei ihren Wohnkosten unterstützen soll.[3] Das Wohngeld wird für Mieterinnen und Mieter als Mietzuschuss oder für selbstnutzende Eigentümerinnen und Eigentümer als Lastenzuschuss geleistet. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch betrug 131 €.[4] Hier bedarf es dringend der Erhöhung und Anpassung der Einkommensgrenzen, so dass auch mehr Menschen Wohngeld in Anspruch nehmen können.

Anpassung der Einkommensgrenzen

[1] Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2014): Statistik informiert ... Nr. I/2014 SPEZIAL. Sozialleistungen in den Hamburger Stadtteilen 2012.

[2] Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014): Armutsgefährdungsquote nach soziodemografischen Merkmalen in % gemessen am Landesmedian. Tabelle A 1.2.06 Hamburg. http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrdungsquoten.html

[3] Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2013): STATISTISCHE BERICHTE, Kennziffer: K VII 1 – j/12 HH Wohngeld in Hamburg 2012. Eckzahlentabelle, Wohngeldbezug in Hamburg 2011 und 2012 nach ausgewählten Merkmalen.

[4] ebd.

Kostenfreie kulturelle Angebote

Benötigt werden 50.000 kostenfreie kulturelle Angebote (z.B. Theaterplätze) für benachteiligte Menschen in Hamburg je Jahr. Initiativen wie die Kulturloge Hamburg[5] verdienen kraftvolle Unterstützung.

Mindestlohngesetz – sachgrundlose Befristung

Neben dem Hamburger »Mindestlohngesetz«, bedarf es einer restriktiven Regelung für sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst und in den mit Hamburg verbundenen Unternehmen.

Sozialkarte ÖPNV und Sozialtarif »Energie«

Mobilität = soziale Teilhabe

Eine Sozialkarte für den ÖPNV für alle bedürftigen Menschen in Hamburg soll schnell eingeführt werden. Dazu sollen für die Seniorinnen und Senioren die Nutzungszeiten ausgeweitet werden. Ebenso ist ein Sozialtarif »Energie« für bedürftige Menschen durch Hamburg Energie umzusetzen, soweit es nicht gelingt, eine anrechnungsfreie Ergänzung der Grundsicherung landesrechtlich zu verwirklichen.

Kostenfreies Mittagessen und Frühstück

Kinder und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter ist zusätzlich zu einem kindgerechten Mittagessen ein gebührenfreies Frühstück anzubieten. Alle Kinder und Jugendlichen sollen sich ganz auf den Lernstoff konzentrieren können.

Wohnungen für Obdachlose, Wohnungslose und Frauen

Wohnen ist Menschenrecht

Obdachlosen, Wohnungslosen und Frauen in Frauenhäusern sind deutlich mehr Wohnungen zur Verfügung zu stellen, um ihre Lage zu verbessern und Wohnungslosigkeit abzubauen. Die Fachstellen für Wohnungsnotfälle sind personell so zu verstärken, dass die Betroffenen kurzfristig Hilfe erhalten.

Unsere Anforderungen an eine gute Politik für Kinder und Jugendliche, Senioren und Familien finden sich in den Wahlprüfsteinen 2, 3 und 4 sowie zum Wohnungsbau im Wahlprüfstein 9.

[5] www.kulturloge-hamburg.de

Wahlprüfstein 2

Senioren mehr Aufmerksamkeit schenken

In Hamburg leben heute mehr als 426.000 Menschen, die 60 Jahre und älter sind, Sie machen fast ein Viertel der Bevölkerung aus (24%).[6] Im Jahr 2025 werden Prognosen zufolge rund 483.000 Hamburgerinnen und Hamburger (27%) und bis 2030 nahezu ein Drittel (30%) der Bevölkerung dieses Alter erreicht haben. Wachsen wird vor allem der Anteil der Hochbetagten. Damit sind die »Älteren« eine bedeutende Gruppe, der wir mehr Aufmerksamkeit schenken müssen. Ältere Menschen haben den Wunsch, in ihrem angestammten Wohnquartier zu bleiben. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Älteren Menschen ist es zu ermöglichen, am gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in den Quartieren vor Ort und in der Stadt teilzuhaben und dieses mit zu gestalten. Dabei geht es um Lebensqualität, Aktivität und Sinnstiftung für ältere Menschen ebenso wie um die notwendige Infrastruktur in den Stadtteilen. Für Unterstützung und Pflege bei entsprechender Hilfebedürftigkeit muss mit guter Qualität gesorgt werden.

Lebensqualität älterer Menschen sichern

Erhalt und Ausbau der Seniorentreffs in den Bezirken

Derzeit gibt es in den Bezirken 90 Seniorentreffs und vergleichbare Einrichtungen, davon befinden sich im Bezirk Mitte 22, im Bezirk Wandsbek 19, im Bezirk Nord 17, im Bezirk Altona 10, im Bezirk Eimsbüttel 9, im Bezirk Harburg 7 und im Bezirk Bergedorf 6.[7] Ständig werden aus Kostengründen einzelne der Seniorentreffs in Frage gestellt bzw. Leistungen eingeschränkt. Besonders wenn für die ehrenamtliche Betreuung aus Altersgründen eine Nachfolge gefunden werden muss, droht die Schließung. Gebraucht werden sie aber alle. Denn viele Rentner sind auf Treffpunkte ohne Verzehrzwang ange-

Seniorentreffs werden alle gebraucht

[6] Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2014): Statistische Berichte, Kennziffer: A I/S 1 – j/13 HH. Bevölkerung in Hamburg am 31.12.2013. – Auszählung aus dem Melderegister.

[7] Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (2014): Liste der Hamburger Seniorentreffs. http://www.hamburg.de/seniorentreffs/128516/liste/.

wiesen. Die notwendige Weiterentwicklung des Konzepts der Seniorentreffs muss den Gedanken der Teilhabe weiter verfolgen, ohne den Bestand in Frage zu stellen.

Bezirkliche Seniorenberatungsstellen weiter regionalisieren und ausbauen

Die Bezirklichen Seniorenberatungsstellen sind als unabhängiger, stadtteilbezogener Fachdienst für ältere Menschen ab 60 Jahren weiter zu entwickeln. Sie leisten einen bedeutenden Beitrag, um älteren Menschen das Leben in der gewohnten Umgebung zu erleichtern und ihre Selbstständigkeit zu erhalten. Insbesondere die aufsuchende Arbeit wird an Bedeutung zunehmen. Nicht zuletzt wegen der wachsenden Zahl von Senioren wird die Bedeutung dieses Angebotes stark zunehmen und einen entsprechenden personellen und sachlichen Ausbau notwendig machen. Es muss nicht nur ihre Anzahl in den Stadtteilen erhöht werden, sondern auch ihre Bekanntheit, um den Seniorinnen und Senioren dieses Angebot besser zugänglich zu machen. Hierzu gehört eine aktive Öffentlichkeitsarbeit vor Ort.

Aufsuchende Seniorenarbeit

Bezirkliche Angebote erhalten, weitere aufbauen

Für Bürger, die »aufs Amt« müssen – etwa wegen eines neuen Personalausweises –, gibt es in Hamburg die bezirklichen Kundenzentren. Sie haben sich bewährt und werden von den Bürgern wegen der kurzen Wege geschätzt. Seit in Stellingen ein solches Zentrum aus Kostengründen geschlossen wurde, hat Hamburg nur noch 20 solcher Kundenzentren.[8] Der Hamburger Senat und alle Fraktionen in der Bürgerschaft haben erklärt, dass keine weiteren Schließungen erfolgen werden. An dieser Aussage werden wir die Parteien messen, denn weniger Kundenzentren bedeuten für die Bürger längere Wege und längere Wartezeiten. Gerade für ältere und behinderte Menschen kann das eine erhebliche Belastung bedeuten. Eine bürgerfreundliche Verwaltung gehört in die Nähe der Bürger. Zu einem dichten Netz von Kundenzentren gehört zusätzlich auch ein mobiler Service. Angebote der Nahversorgung und der sozialen Versorgung

Bürgerfreundliche Verwaltung vor Ort

[8] Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg: Kundenzentren Hamburg http://www.hamburg.de/kundenzentrum/

(Post, Einkaufsmöglichkeiten, Kultur, kostenfreie Einkaufshilfen etc.) sind bei allen städtebaulichen Planungen zu berücksichtigen.

Eingliederungshilfe für Senioren

Seniorinnen und Senioren mit Behinderung müssen einen barrierefreien Zugang zur Eingliederungshilfe haben. Weder dürfen Maßnahmen beschnitten noch durch Zugangshemmnisse verweigert werden.

Seniorenmitwirkung verankern

Seniorenbeiräten Gehör verschaffen

Die Seniorenmitwirkung ist zwar in einem eigenen Gesetz geregelt, findet in der bezirklichen Politik aber dennoch nicht hinreichend statt. Um den bezirklichen Seniorenbeiräten stärker Gehör zu verschaffen, sollten sie eigene Mitwirkungs- und Anhörungsrechte im Beratungsgang der Bezirksversammlungen erhalten. Dies sollte durch Aufnahme entsprechender Regelungen in die jeweiligen Geschäftsordnungen der Bezirksversammlungen geschehen. Der SoVD fordert von allen Bezirksversammlungen die Einrichtung eines Sozialausschusses mit der eindeutigen Zuständigkeit für die Seniorenarbeit und Klarheit darüber, welche ihrer Kandidaten sich dafür bereithalten. Mit der künftigen kommunalen Pflegestrukturplanung in den Stadtteilen kommt auf die Bezirke noch eine bedeutende fachliche Aufgabe zu. Im Rahmen des Paktes für Prävention sind in den Bezirken »Gesundheitskonferenzen« entstanden bis hin zu einem kommunalen Gesundheitsförderungsmanagement (Bergedorf). Unterdessen sind die bezirklichen Anstrengungen zur Gesundheitsförderung zu einer Vielfalt gelangt, die eine bezirksübergreifende Abstimmung mit der Fachbehörde notwendig erscheinen lassen.

Unsere Forderungen zu seniorengerechtem Wohnen sind in den Prüfsteinen 8. und 10. im Detail ausgeführt.

Wahlprüfstein 3

Kinder und Jugendliche bedürfen besonderer Fürsorge

Kinder und Jugendliche bedürfen der ganz besonderen Fürsorge unserer Gesellschaft. Kinder- und Jugendarbeit ist neben der Bildung und Erziehung im Elternhaus, Kindergarten, Schule und beruflicher Ausbildung ein wichtiger Bereich in der Freizeit der Kinder und Jugendlichen. Kinder- und Jugendarbeit trägt zur Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen bei, dabei werden notwendige persönliche und soziale Kompetenzen angeregt und vermittelt. Skandalös ist die große Zahl der in Armut aufwachsender Kinder und Jugendlichen in Hamburg: Über 58.000 Kinder und Jugendlichen sind in unserer Stadt von Armut betroffen. Kommt auch noch Bildungsferne im Elternhaus hinzu, sind diese jungen Menschen in unserer Gesellschaft chancenlos. Die Angebote der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe sind, um ihnen eine Chance zu bieten, auf solider Basis auszubauen.

Kinder sind unsere Zukunft

Allgemeinen Sozialen Dienst personell besser ausstatten, qualifizieren und besolden

Der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) in den Bezirken ist ein maßgeblicher Faktor für das soziale Klima vor Ort. Soziale Problemstellungen der Bürgerinnen und Bürger müssen hier konkret und im Einzelfall gelöst werden. In den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerät der ASD nur selten, allenfalls in Verbindung mit tragischen Todesfällen von Kindern. Engagierte Arbeit in den Sozialdienststellen erfordert aber auch einen engagierten Dienstherren, der durch angemessene Ausstattung und Arbeitsbedingungen (auch durch rechtliche Absicherung) den Einsatz seiner Mitarbeiter honoriert. Der SoVD fordert deshalb eine weitere Einstellungs- und Qualifizierungsoffensive für den ASD und regelmäßige Supervisionen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ASD. Die sozialpädagogische und familienbezogene Arbeit des ASD sollte wieder in den Vordergrund treten, die nicht zuletzt durch ein modernes EDV-gestütztes Fallmanagement unterstützt wird. Die

Qualifizierungsoffensive für den ASD

Hilfen zur Erziehung sollen als Mittel der Wahl ohne sachfremde finanzielle Vorbehalte zur Geltung kommen.

Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe aktiv einsetzen

Im Bereich der Behindertenhilfe in Hamburg werden die finanziellen Restriktionen immer stärker spürbar. Dabei werden – gemessen an den Rechtsnormen – sogar Rückschritte in Kauf genommen. So ist eine mehrmonatige Wartezeit zwischen Antragstellung und Bewilligung nicht akzeptabel. Der SoVD fordert hier Abhilfe und Rückkehr zur Einhaltung der im SGB IX normierten Laufzeit von Antragstellung und Bewilligung. Notwendig scheint dafür auch eine bessere Personalausstattung in der Leistungsgewährung der Eingliederungshilfe bei den Grundsicherungsämtern und dem Fachamt Eingliederungshilfe in Wandsbek.

Einsetzen einer Expertenkommission, um die Arbeit des ASD zu verbessern

Erkenntnisse aus anderen Bundesländern und aus der Wissenschaft sind für die Arbeit des Hamburger ASD nutzbar zu machen. Hierzu sollte der Senat eine Expertenkommission aus Praktikern und Wissenschaftlern einsetzen.

Kindeswohl-Schutz – Kinderschutzbericht der Bezirke

Die Erhebungsmethode ist weiter zu professionalisieren und die Ergebnisse sind in einem mehrstufigen Prozess zu analysieren. Dabei ist zu prüfen, ob auf Grund der Hinweise Änderungen in den Arbeitsprozessen eingeführt werden müssen.

Offene Kinder- und Jugendarbeit behutsam umsteuern

Ganztagsschulsystem ausbauen

Viele Kinder bleiben heute tagsüber länger in der Schule. Der SoVD begrüßt den Ausbau der Ganztagsschule, weil sie vielen Kindern auch bessere Integrationschancen bringt. Aber für die bewährten Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendhilfe ändert sich damit auch der Rahmen ihrer Tätigkeit. Sie müssen ihr Angebot auf die neuen Bedingungen ausrichten, ohne es dabei qualitativ zu verkürzen. Für die Jugendhilfeausschüsse der Bezirksversammlungen erwächst daraus eine große Herausforderung, denn sie müssen steuernd und gestaltend eingreifen, wo früher die Verteilung der Mittel an die Träger ausreichte. Angesichts der sich verschärfenden sozialen Segregation

in der Stadt – mehr als 48.000 Hamburger Kinder, die jünger als 15 Jahre alt sind, sind auf Hartz IV angewiesen – kommt es jetzt darauf an, die Angebote der Einrichtungen auf die Unterstützung besonders benachteiligter Kinder und Jugendlicher auszurichten.

In dieser Phase der Neuorientierung bedürfen die Einrichtungen eines zuverlässigen Rückhalts durch die Bürgerschaft, den Senat und die Bezirke. Einschließlich einer Bewirtschaftungsreserve von 5 Mio. € stehen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Familienhilfe und für sozialraumorientierte Hilfen im Jahre 2014 rund 49,5 Mio. € aus Haushaltsmitteln zur Verfügung.[9] Allerdings werden in den Bezirken Eimsbüttel, Nord, Wandsbek und Harburg insgesamt 25 Einrichtungen im Jahre 2014 weniger Mittel erhalten als im Vorjahr, für weitere sechs Einrichtungen wird die Förderung beendet. Sämtliche Änderungen in den Zuweisungen sind fachlich und nicht durch Haushaltszwänge zu begründen und ausführlich mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe zu besprechen. Tariferhöhungen dürfen nicht zu Leistungskürzungen führen. Der Umsteuerungsprozess bedarf einer externen wissenschaftlichen Evaluation.

Offene Kinder- und Jugendhilfe erhalten

Kinderbetreuung qualitativ verbessern (Betreuungsschlüssel etc.)

Eine vielbeachtete Studie der Bertelsmann Stiftung hat aufgezeigt, dass Hamburg am Schluss alle Bundesländer beim Betreuungsschlüssel in Kitas liegt. So sehr es zu begrüßen ist, dass ausreichend Plätze zur Verfügung stehen, so sehr ist auch auf die Qualität der Arbeit zu achten, denn es geht nicht um die Verwahrung von Kindern sondern vielmehr um ihre Förderung.

[9] Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2013): Kürzungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit – wie geht es 2014 weiter? Drucksache 20/10238.

Wahlprüfstein 4

Familien mit Kindern beraten und helfen

Analysen zur Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland zeigen, dass sich die Einkommenssituation für Familien mit Kindern erheblich verschlechtert hat. Seit Beginn der 1970er Jahre ist die relative Einkommensarmut bei diesen von einem zunächst durchschnittlichen Niveau von 7% auf ein bis dato vergleichsweise überdurchschnittlich hohes Niveau von 12% im Jahr 1998 und 13,3% im Jahr 2006 gestiegen. Dieses Bild zeigt sich auch in Hamburg. Im aktuellen Sozialbericht des Senates ist ausgewiesen, dass Familien mit mehreren Kindern ein hohes Armutsrisiko haben. Besonders gravierend ist das Problem bei geringfügig beschäftigten Personen wie auch bei Alleinerziehenden und Mehrkinderfamilien.

Familienberatungszentren

Beratung quartiersbezogen

Familienberatungszentren sind wichtige Einrichtungen, die Familien im Lebensalltag helfen und unterstützen. Ihre Beratungstätigkeit ist oftmals eine wichtige Stütze bei der Alltagsbewältigung. Gerade für Familien mit vielen Kindern sind sie unverzichtbar. Ein quartiersbezogener Ausbau ist angezeigt.

Hilfen zur Erziehung

Gerade präventiv kann mit den Hilfen zur Erziehung, wenn Beratung und Hilfen in den Familien frühzeitig erfolgen, sehr viel erreicht werden. Besonders benachteiligten Kindern und Jugendlichen können hierdurch neue Chancen eröffnet werden. Sozialräumliche Ansätze sind hierfür vermehrt zu entwickeln.

Wahlprüfstein 5

Menschen mit Behinderung einbeziehen und fördern

Es leben rund 13 Mio. Menschen mit Behinderung in Deutschland. Dabei sind viele seelisch behinderte und hörgeschädigte Menschen in dieser Statistik nicht berücksichtigt. Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt sind behinderte Menschen nach wie vor benachteiligt. Sie finden schlechter einen Arbeitsplatz als nichtbehinderte Menschen. Wir sind hier noch ein ganzes Stück von Inklusion entfernt.

Auch die Hamburgische Bürgerschaft und der Senat sind aufgefordert, in Unternehmen dafür zu werben, dass behinderte Menschen eingestellt werden, in den Behörden zusätzliche Arbeitsstellen für Menschen mit Behinderung zu schaffen. Die Beschäftigungsquote für schwerbehinderte Menschen beträgt im öffentlichen Dienst in Hamburg 6,07% (2012),[10] damit wird die Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nach § 71 SGB IX auf wenigstens 5% der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen zwar erfüllt, aber die Politik könnte noch mehr tun.

Schaffung von Arbeitsstellen

Inklusion als Normalität – den Sozialraum verlässlich gestalten

Die Neuorientierung sozialer Hilfsangebote auf sozialräumliche Nähe ist eine der großen sozialpolitischen Reformaufgaben der Gegenwart. Mit der bevorstehenden Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen wird diese Aufgabe einen neuen Schub erhalten. Inklusion als Normalität bietet für alle Bürger die Chance auf ein sozialeres Lebensumfeld, in der Hilfe immer in der Nähe ist. Kommunale Politik muss sich dieser Thematik annehmen und auf die – soziale – Nahraumversorgung einen aufmerksamen Blick werfen. Eine ausgewogene Präsenz von medizinischen Einrichtungen bis hin zu solchen der psycho-sozialen Betreuung ist eine ständige Aufgabe. Es gibt zahlreiche Unterstützungsangebote in Hamburg, die zuneh-

[10] Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2013): Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen durch die Stadt Hamburg und ihre Landesbetriebe Drucksache 20/10229.

mend auch transparent dargestellt sind. Die Angebotsvielfalt in sozialräumlicher Nähe erschließt sich für den unterstützungsbedürftigen Bürger jedoch nicht von allein. Mit dem Projekt »Q8« wurde in Hamburg beispielhaft aufgezeigt, wie mit überschaubarem Personalaufwand sozialräumliche Vernetzung im Stadtteil erfolgreich gestaltet werden kann.

Nach diesem Vorbild sollte in den Bezirken aktiv vorgegangen werden, um in jedem Stadtteil für die Bürger ein engmaschiges Netz kooperierender sozialer Einrichtungen aufzubauen. Der Ausbau von Sozialraumzentren kann die aufsuchende Hilfe nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Notwendig bleibt eine Form von Stadtteilsozialarbeit, welche sich zu den Menschen begibt und sie in ihrem direkten Lebensumfeld unterstützt. Nicht alle unterstützungsbedürftigen Menschen können oder wollen in Zentren gehen.

Stadtteilsozialarbeit nahe bei den Menschen

Auch die Arbeitsmarktpolitik, namentlich die Arbeitsförderung sollte aus dem Sozialraum neue Impulse erhalten durch eine kommunale Ausrichtung von Maßnahmen zur Förderung von Qualifizierung und Arbeit. Dies erfordert einen deutlichen Ausbau regionaler Angebote sowie von regionaler Beratung und Assistenz. Die Leistungsträger müssen ihre Maßnahmen besser miteinander abstimmen. Notwendig sind nicht Sanktionen der Arbeitsverwaltung, sondern bedarfsgerechte und hochwertige Unterstützung der arbeitslosen Menschen. Dabei müssen auch ganzjährig ausreichend Fördermittel insbesondere für schwerbehinderte Menschen zur Verfügung stehen. Es ist nicht akzeptabel, wenn schon Mitte des Jahres keine Anträge mehr wegen fehlender Mittel gestellt werden können.

Fördermittel ganzjährig

Eingliederungshilfe im vollen Umfang erhalten

Es dürfen bei der anstehenden bundesrechtlichen Neuformulierung der Eingliederungshilfe keine Leistungskürzungen vorgenommen werden und bestehende Rechtsansprüche müssen erhalten bleiben.

Sozialpsychiatrie behutsam umbauen

Der Umbau der Sozialpsychiatrie ist behutsam anzugehen, so dass auch kleinere Anbieter im Leistungsspektrum auskömmlich verbleiben. Der volle Zugang zu medizinisch induzierten Leistungen muss erhalten bleiben und der Verweis auf andere Leistungsträger (Kran-

kenkassen, Pflegekassen) darf nicht haushaltspolitisch motiviert sein und nicht zum Regelfall werden. In jedem Fall muss geleistet werden, wenn andere Zugänge z.B. zu Therapeuten durch lange Wartezeiten verstellt sind.

Barrierefreiheit auch bei Banken, Gaststätten etc.

Nach wie vor fehlt es an barrierefreien Zugängen in vielen Bereichen wie bei Kreditinstituten (Bedienung von Geldautomaten) und Gaststätten (barrierefreie Toiletten). Bürgerschaft und Senat sind aufgefordert, mit der Privatwirtschaft Abmachung hinsichtlich eines verbesserten Zugangs zu barrierefreien Angeboten abzuschließen.

Unsere Überlegungen zum Thema barrierfreier bzw. seniorengerechter Wohnungsbau haben wir im Wahlprüfstein 10 näher ausgeführt.

Wahlprüfstein 6

Gleichstellung von Frauen und Männern garantieren

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist dem SoVD Hamburg ein wichtiges Anliegen. Frauen haben noch immer ein um 22% geringeres Einkommen als Männer.[11] Frauen haben trotz besserer Schulabschlüsse immer noch schlechtere berufliche Möglichkeiten. Sie sind im Alter und als Alleinerziehende erheblich armutsgefährdet, sie sind potenziell häuslicher Gewalt ausgesetzt und haben aufgrund von Doppel- und Mehrfachbelastungen weniger Freizeit. Kinder dürfen kein Grund für ökonomische Abhängigkeit und Armut mehr sein; dies gilt im gleichen Maße bei der Pflege Angehöriger.

Frauen gezielt fördern

Wir fordern von einem künftigen Hamburger Senat

- Konsequente Umsetzung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms des Senats[12]
- den weiteren Ausbau der kostenfreien Kinderbetreuung mit hohen qualitativen Standards
- flexiblere und längere Öffnungszeiten der Kitas
- Wohnprojekte für obdachlose Frauen und den Ausbau der Frauenhäuser respektive entsprechenden Wohnraum für diese Frauen zur Verfügung zu stellen
- Durchsetzung der Frauenquote und Equal-Pay nicht nur in den öffentlichen Unternehmen der Stadt
- Ein Gleichstellungsbericht, der alle Lebens- und Arbeitsbereiche von Frauen in Hamburg erfasst, ist einmal pro Legislaturperiode der Bürgerschaft vorzulegen
- Öffentliche Aufträge und Flächen nur noch an Firmen zu vergeben, die Gleichstellungspläne vorlegen und umsetzen
- durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente mehr Frauen als bisher eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit zu ermöglicht

[11] Angabe lt. Statistisches Bundesamt Pressemitteilung vom 18. März 2014 – 104/14. Der bereinigte Gender-Pay-Gap, d.h. der Verdienstunterschied bei gleichen Berufen und gleicher Qualifikation lag 2010 bei 7%.

[12] Siehe hierzu auch die Forderungen und Positionen des Hamburger Landesfrauenrates e.V.

und damit auch das Risiko der weiblichen Altersarmut zu verringern.

Der künftige Senat muss sich für folgende Themen im Bund stark machen

- Abschaffung des Betreuungsgeldes zugunsten von mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung und damit in mehr Qualität in den Kitas u.a. durch Verbesserung des Betreuungsschlüssels
- Armut von Frauen bekämpfen
  - keine Anrechnung der Mütterrente für Grundsicherungsempfängerinnen
  - keine Anrechnung des Kindergeldes auf Hartz-IV-Leistungen
  - Entwicklung von zielgerichteten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, um mehr Frauen als bisher eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und damit auch das Risiko der weiblichen Altersarmut zu verringern
- für eine bundesweite Regelung zur Finanzierung der Frauenhäuser und ihren Betrieb sowie des Unterhalts der Frauen

Frauenarmut bekämpfen

Wahlprüfstein 7

Langzeitarbeitslose im öffentlichen Sektor qualifizieren

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Hamburg ist seit vielen Jahren auf einem sehr hohen Niveau, ohne dass eine merkliche Trendwende eingetreten ist. Sie betrug zwischen 2009 und heute zwischen 20.000 und 24.000 Menschen. Ihre Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt sind gering, und wenn sie den Sprung machen können, landen sie eher unsanft in prekärer Beschäftigung und oft im Niedriglohnsektor. Nach Angaben des IAB gibt es zudem einen »Drehtüreffekt« zwischen diesen beiden Armutsbereichen. Die Chancen langzeitarbeitsloser Menschen sind auch deswegen so gering, weil diese Gruppe zumeist über mehrere so genannter Eingliederungshemmnisse verfügt: Oft fehlen Schulabschlüsse bzw. eine qualifizierte Berufsausbildung oder die Schulabschlüsse sind zu niedrig, um eine dauerhafte, den Lebensunterhalt sichernde Beschäftigung zu finden. Hinzu kommen gesundheitliche und familiäre Beeinträchtigungen, die sich hemmend auswirken. Langzeitarbeitslosigkeit hat psychische Folgen für die Menschen, so etwa Depressionen. Fast hat man den Eindruck, es handelt sich bei dieser Gruppe um einen vergessenen Teil der Gesellschaft. Etwas Mut macht die Ankündigung der neuen Bundesregierung, die sich um diese Menschen besonders kümmern will.

Öffentlicher Beschäftigungssektor

Sozialen Arbeitsmarkt entwickeln

Es ist unstrittig, dass viele Langzeitarbeitslose mit den bestehenden Instrumenten der Arbeitsvermittlung nicht in Arbeit kommen können, dass die Vermittlung oftmals länger dauern würde, als zwei Jahre und das Vermittlungsbemühungen nicht zu einer Beschäftigung im Arbeitsmarkt führen.

Der Senat ist daher aufgefordert, Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung und in den mit Hamburg verbundenen Unternehmen bereit zu stellen. Dies muss sich im Haushalt der Freien und Hansestadt niederschlagen.

Wahlprüfstein 8

Krankenversorgung und Pflege: nicht streichen, sondern ausbauen

Gesundheit für alle Altersgruppen in allen Stadteilen

Der »Morbiditätsatlas« der Gesundheitsbehörde zeigt deutlich die ungleiche Verteilung der niedergelassenen Ärzte in den einzelnen Hamburger Stadtteilen. Diese Benachteiligung geht einher mit der sozialen Situation der Menschen dieser unterversorgten Stadtteile (unterdurchschnittliche Einkommen, Arbeitslosigkeit, Altersarmut etc.) und hat unbestritten negative Auswirkungen auf den Gesundheitszustand ihrer Bürger.

Ungleichgewichte beseitigen

Wir fordern, diese bestehenden Ungleichgewichte in der medizinischen Versorgung im Rahmen einer sozialräumlichen Planung zu beseitigen. Dazu müssen die neuen politischen Einflussmöglichkeiten über die »Landeskonferenz Versorgung« genutzt werden.

Bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht personell und qualitativ ausbauen

Die bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht hat eine große Verantwortung. Sie soll nicht nur Senioren mit Unterstützungs- bzw. Pflegebedarf beraten, sondern auch die Betreiber von Einrichtungen bei der Erfüllung der Anforderung des Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes unterstützen. Sie hat die Aufsicht über die Einhaltung des Gesetzes und soll dafür sorgen, dass Mängel abgestellt werden. Die personelle Ausstattung mit insgesamt 26 Mitarbeitern (2013) dieser Aufsicht lässt allerdings bei derzeit mehr als 900 Wohn- und Betreuungseinrichtungen nur eine Prüfung von Senioreneinrichtungen oder Pflegediensten etwa alle sieben Jahre zu (2013 wurden 136 Einrichtungen geprüft) – mit dem Schwerpunkt auf reine Aktenprüfung.

Personalausstattung verbessern

Der SoVD fordert für jeden Bezirk in einem ersten Schritt zwei weitere Mitarbeiter, um den Prüfrhythmus zu halbieren und deutlich mehr unangemeldete Besuche durchführen zu können. Ferner müssen die gesetzlichen Abstimmungs- und Zusammenarbeitsvorschriften erfüllt werden. Für die bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht ist

zudem eine aktive Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, damit die Bürger auch erfahren, dass sie Meldungen über Missstände an diese bezirkliche Aufsicht richten können. Die Prüfberichte müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die Familien mit Pflegefällen auch finanziell nicht im Stich lassen

Einkommensabhängige Einzelförderung wieder einführen

Pflege ist teuer, immer seltener reicht die eigene Rente aus, um die Leistungslücke der Pflegeversicherung zu schließen. Alte Menschen geraten damit zunehmend wegen der Pflegekosten in Konflikt mit ihren unterhaltspflichtigen Kindern. Ein Grund: Die Bürgerschaft hat 2010 die »einkommensabhängige Einzelfallförderung« aus dem Landespflegegesetz gestrichen. Anders als in der Sozialhilfe war hier geregelt, dass bei der Übernahme des Investitionskostenanteils im Heimentgelt (entspricht in etwa der Kaltmiete in der eigenen Häuslichkeit) zwar das Einkommen des Pflegebedürftigen voll angerechnet wird, vom Vermögen aber 7.800 statt 2.600 € verbleiben und unterhaltspflichtige Kinder keinen Beitrag leisten müssen. Der SoVD fordert die Wiederherstellung dieser bewährten Regelung.

Wahlprüfstein 9

Bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Stadtteile

Nach langer Zeit ist dem Neubau von Wohnungen wieder ein höherer Stellenwert eingeräumt worden: Der Wohnungsbestand in Hamburg ist 2012 um 3.301 Wohnungen und 2013 um 6.070 Wohnungen gewachsen.[13] Wir begrüßen ausdrücklich die Initiativen des Senats. Dennoch fehlt es an Sozialwohnungen und damit auch an bezahlbarem Wohnraum.

Sozialen Wohnraum planen, genehmigen, bauen und bereitstellen

Der soziale Wohnungsbau muss vor allem durch städtische und genossenschaftliche Träger energisch wiederbelebt werden. In Hamburg werden jährlich mindestens 6.000 neue Sozialwohnungen im ersten Förderungsweg benötigt. Dieses Ziel ist noch nicht erreicht. Nur der Neubau von ausreichend Sozialwohnungen kann dazu führen, dass der Bestand an Sozialwohnungen steigt. Derzeit fallen mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung als dazu kommen. Der Senat ist aufgefordert, Initiativen zu ergreifen, damit die Bindungsfrist für Sozialwohnungen wieder auf den vorherigen Stand von 30 Jahren angehoben wird. Die Schaffung preisgünstiger kleinerer Wohnungen ist ein Weg, um bestimmten Personengruppen (u.a. Seniorinnen und Senioren) den Weg in eine eigene Wohnung zu ebnen. Zusätzlich zum Neubau ist eine wirksame gesetzliche Mietpreisbremse dringend erforderlich. Auch überzogene energetische Standards verteuern die Miete sowohl im Bestand als auch im Neubau.

6.000 neue Sozialwohnungen im Jahr

Eine Wohnungsbaupolitik mit sozialem Anspruch muss auch Antworten auf die Not der Flüchtlinge geben, die in Hamburg in wachsender Zahl um Unterstützung nachsuchen.

---

[13] Darin berücksichtigt sind die Wohnungsverluste durch Abbruch (2013: 344; 2012: 618). Angaben lt. Stat. Bundesamt: »Bautätigkeit und Wohnungen« zum 31.12.2012. Fs. 5 R3. Stand 20.1.2014 sowie »Bautätigkeit und Wohnungen« zum 31.12.2013. Fs. 5 R3. Stand 20.10.2014

Seniorengerechte und bezahlbare Wohnungen

Mehr seniorengerechte Wohnungen

Zunehmende Pflegebedürftigkeit verschärft schon heutige Probleme. Prognosen gehen von rund 63.000 Pflegebedürftigen im Jahr 2035 aus. In Hamburg gibt es aber nur 11.127 öffentlich geförderte Seniorenwohnungen. Wer älteren Menschen ein Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen will, muss deutlich mehr seniorengerechte Wohnungen bereit stellen; denn Ältere lehnen in der Regel Altenheime ab, sie wollen ihren Lebensabend in ihrem Zuhause, in dem gewohnten und liebgewordenen Umfeld, verbringen.

Menschenwürdige Unterkünfte für Wohnungslose

Hilfe für betroffene Menschen

Der SoVD erwartet, dass im Zuge des Wohnungsneubaus auch ein deutlicher Beitrag zur Hilfe für die von Obdach- und Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen verwirklicht wirkt. Die bewährten Fachstellen für Wohnungsnotfälle in den Bezirken sind personell so zu verstärken, dass Betroffene in Notlagen zur Vermeidung von Wohnungsverlust kurzfristig Hilfe erhalten. Dazu gehört aber auch die Begleitung und ggf. Intervention bei Zwangsräumungen. Im Bereich der öffentlichen Unterbringung sind ausreichend dezentrale Unterkünfte zur Verfügung zu stellen, die in Größe, Ausstattung und Zusammensetzung der Bewohner so zu gestalten sind, dass die Wohnatmosphäre einem potenziellen Gewaltrisiko entgegen wirkt. Insbesondere ist so zu planen, dass im Winterhalbjahr keine Engpässe an menschenwürdigen Wohnungen bzw. Übergangsunterkünften auftreten.

Soziale Einrichtungen im Bezirk verlässlich finanzieren

Verdopplung des Quartiersfonds

Die Haushaltspolitik des Senats führt an vielen Stellen zu einer Bedrohung des sozialen Lebens in der Stadt. Der neue Quartiersfonds der Bürgerschaft – ausgestattet mit 1,5 Mio. € – hat in den letzten beiden Jahren in vielen Fällen geholfen, schwere Schäden in der sozialen Infrastruktur zumindest vorübergehend zu vermeiden. Weitere Verwerfungen sind jedoch absehbar, deshalb muss das »Notventil« des Quartiersfonds dringend auf höheren Druck vorbereitet werden. Eine Verdoppelung des Quartiersfonds sowie eine Ausweitung der bezirklichen Sondermittel könnten hilfreich wirken. Den sozialen und sozio-kulturellen Einrichtungen in den Stadtteilen ist jedoch mit einem Notventil – wie dem Quartiersfonds oder der Tronc-Ab-

gabe – nicht geholfen. Sie bedürfen verlässlicher und auch finanziell dauerhaft gesicherter Bedingungen. Dazu gehört auch der notwendige Tarifausgleich in den Zuwendungen, wenn nicht schon mittelfristig ihre Personalausstattung ernsthaft gefährdet werden soll. Bürgertreffs, Community-Center und Stadtteilkulturzentren wie auch die Geschichtswerkstätten sind in den Stadtteilen unverzichtbar. Initiativen zur Ausweitung und Neugründung dürfen nicht entmutigt werden, sondern müssen in der kommunalen Politik Unterstützung und Beistand erfahren.

Ausbau integrierter Stadtteilentwicklung

Der SoVD fordert, dieses Ziel im Sinne der Ziele und Aufgaben einer integrierten sozialen Stadtteilentwicklung weiter zu verfolgen und in allen Stadtteilen auszubauen. Erforderlich ist eine Mischung aus Bürgertreffs, Beratungs-, Bildungsangeboten und Freizeitgestaltung.

Stadtteilbeiräte verstetigen und weiter entwickeln

Im Zuge des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) konnten in den Bezirken positive Erfahrungen mit neuen Formen der Bürgerbeteiligung gemacht werden. Insbesondere die Stadtteilbeiräte haben sich vielerorts bewährt, wenn sie ehrenamtliches Engagement und professionelle Kompetenz im Stadtteil erfolgreich miteinander ins Gespräch bringen konnten. Sie sind jedoch ohne die städtebaupolitische Förderkulisse des RISE nicht aufrecht zu erhalten. Deshalb sollten die Bezirke bzw. die Bezirksversammlungen in die Lage versetzt werden, Stadtteilbeiräte auch in eigener Zuständigkeit einzusetzen und finanziell auszustatten. Damit könnte nicht nur eine wichtige Weiterentwicklung kommunaler Demokratie ermöglicht werden, sondern auch ein wesentlicher sozialpolitischer Impuls zur sozialräumlichen Gestaltung der Stadtteile gesetzt werden. Die erfolgreiche Arbeit bestehender Stadtteilbeiräte darf aber nicht durch Stellenstreichungen der bezirklichen Gebietskoordinatoren gefährdet werden.

Stadtteilbeiräte finanziell sichern

Hamburg braucht Grün im Quartier

Die Bezirke stellen Bebauungspläne auf und sorgen auch für die Gestaltung und Pflege öffentlicher Freiräume und Spielflächen. Sie nehmen damit nicht nur einen bedeutenden Einfluss auf die Stadtentwicklung, sondern auch auf die Möglichkeit der Bürger, ihre Grün- und

Spielflächen im Alltag zu genießen. Die Lebensqualität in den Stadtteilen darf sich nicht allein am bezahlbaren Wohnraum orientieren.

Grünflächen erhalten

Grünflächen und Schulhöfe sind keine Reserveflächen für den Wohnungsbau. Unversiegelte Grün- und Baumflächen und Parks haben Erholungswert, verbessern Luft- und Kleinklima und dienen als unverzichtbare Begegnungsstätten. Sport und Freizeitaktivitäten können sich so vor Ort entwickeln, so dass auch alte, behinderte, bewegungseingeschränkte Menschen und Familien davon profitieren. Insofern ist ökologische Politik auch zugleich Sozialpolitik. Wir fordern daher eine Politik vor Ort, die auch auf die Entfaltung und Erholung im Grünen setzt.

Wahlprüfstein 10

Mobilität muss soziale Teilhabe ermöglichen

Mobilität ist eine maßgebliche Voraussetzung für soziale Teilhabe der Menschen. Die Steigerung der Bevölkerungszahl, die Verdichtung von Wohngebieten und der Neubau von Wohnungen, die zusätzliche Ansiedlung von Gewerbe- und Industrieansiedlungen sowie der zunehmende Pendlerverkehr und die Abkehr vom eigenen Auto sind Bedingungen und Entwicklungen, die berücksichtigt werden müssen, damit ein alltagstaugliches Mobilitätsangebot zur Verfügung steht. Auch darf auf der Straße nicht das »Recht des Stärkeren« gelten.

Sichere und barrierefreie Mobilität

Geh- und Radwege reparieren, besser beleuchten und zuverlässig von Schnee räumen, denn nicht nur Menschen mit Behinderung sind auf eine barrierefreie Stadt angewiesen: Pro Jahr verunglücken im Hamburger Verkehr mehr als 10.000 Senioren, knapp 1.000 tragen dabei Verletzungen davon. Nach der Unfallstatistik sind im Jahr 2013 insgesamt 180 Senioren als Fußgänger verunglückt.[14]

Gehwege sanieren und instand halten

Gerade alte Menschen tragen nach einfachen Stürzen oft schwere Verletzungen davon. Deshalb ist der nach wie vor miserable Zustand vieler Gehwege für sie eine ernste Gefahr. Wer auf den Rollator oder den Rollstuhl angewiesen ist, kann über gebrochene Gehwegplatten und Pfützen nicht einfach hinweg springen. Es fehlt offenbar schon die regelmäßige Kontrolle durch den bezirklichen Wegewart. Der »Online-Wegewart« ist eine gute Ergänzung, jedoch kein hinreichender Ersatz. Es fehlt aber vor allem an öffentlichen Mitteln für die Instandhaltung. Und die wenigen Mittel werden vorwiegend zugunsten des Autoverkehrs eingesetzt. Der SoVD fordert deshalb eine höhere Priorität für die Sanierung von Geh- und Radwegen.

[14] Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2014): STATISTISCHE BERICHTE, Kennziffer: H I 1 – j/13 HH. Straßenverkehrsunfälle in Hamburg 2013.

Nicht länger akzeptabel ist auch die mangelhafte Beleuchtung der meisten Gehwege. Seit die auf die Fahrbahnen ausgerichtete Straßenbeleuchtung aus Kostengründen überall reduziert wurde, liegen die Gehwege meist im Dunkeln. Katastrophal wird es bei Schneefall und unklaren Räumpflichten wie z.B. auf Brücken, wo die Gehwege – mangels Anliegern – oft überhaupt nicht geräumt werden.

Nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den Wohnvierteln muss das Falschparken auf Geh- und Radwegen konsequent geahndet werden. Hier ist auch eine bundesrechtliche Initiative zur Anhebung des Bußgeldrahmens in städtischen Gebieten angezeigt.

Sozialer öffentlicher Personennahverkehr

Ohne öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sind die meisten Menschen in der Stadt nur eingeschränkt mobil. Der SoVD fordert die Stärkung des ÖPNV, der jeden Stadtteil erreicht und für alle bezahlbar ist. Wesentliche Bedingungen für einen sozialen ÖPNV muss die Landespolitik schaffen: Günstige Fahrpreise zählen ebenso dazu wie auch ein Sozialtarif bzw. eine Seniorenkarte ohne Uhrzeitbarriere. Dazu gehören auch der barrierefreie Ausbau und Großinvestitionen zum Linienausbau – nicht nur zur Erschließung neuer Immobilienparadiese wie der Hafen-City.

Sozialtarif einführen

Sache der Bezirke ist dagegen die sorgfältige Arbeit im Detail: Das Busbeschleunigungsprogramm darf nicht auf Kosten des Verkehrsraums der Fußgänger und Radfahrer realisiert werden. Die Haltestellen müssen sich dort befinden, wo sie erforderlich sind, nicht wo das Opfer an Parkplätzen am geringsten scheint. Und sie müssen mit Regenschutz und Sitzbank ausgestattet werden. Der Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs muss gleichwohl weiter Vorrang genießen. Für behinderte Menschen und solche, die Einschränkungen ihrer Orientierung haben, erleichtern Rufbusse und Abholdienste die Nutzung des ÖPNV ganz wesentlich.

Rufbusse und Abholdienste

Das vorhandene Liniennetz muss durch fußläufige Erreichbarkeit der Haltestellen verbessert und durch Streckenausbau sowie Anbindung der Stadtteile ohne Schnellbahnanschluss erweitert werden.

Die bisherige Rabattkarte für Empfänger von Sozialleistungen gewährt Hamburgerinnen und Hamburgern einen Preisnachlass von 19 Euro pro Monat auf HVV-Monatskarten. Der SoVD fordert die Ein-

führung eines umfassenden Sozialtickets für alle sozial benachteiligten Hamburgerinnen und Hamburger, das eine umfängliche Nutzung des ÖPNV ermöglicht.

Seniorenkarten länger gültig machen

Die vergünstigte Seniorenkarte des HVV als Monats- oder Abokarte gilt für eine Person ab 63 Jahren, Montags-Freitags ab 9 Uhr sowie an Samstagen, Sonn- und Feiertagen ganztägig. Der SoVD fordert eine Ausweitung mit dem Ziel der ganztägigen Gültigkeit der Seniorenkarte auch von Montag bis Freitag.

Erfreulicherweise wachsen die Fahrgastzahlen im ÖPNV an und Kapazitätsgrenzen sind insbesondere in Belastungszeiten erreicht. Daher fordern wir den Ausbau schienengebundenen Angebote, die nicht zugleich den bisherigen Verkehrsraum zu stark einengen. Das laufende Busbeschleunigungsprogramm ist durch externe Fachleute zu begleiten.

Verfügbarkeit von öffentlichen Toiletten

Zum öffentlichen Raum gehören erreichbare öffentliche Toiletten. Sie müssen durch sichtbare Ausschilderungen besser auffindbar werden. Ihre Öffnungszeiten sollten sich an den üblichen Öffnungszeiten im Einzelhandel und in der Gastronomie orientieren. Und sie müssen so gewartet werden, dass ihr hygienischer Zustand stets einwandfrei ist. Von den insgesamt etwa 300 öffentlichen WC-Anlagen betreibt die Stadt nur noch 58.

Hamburg braucht eine starke soziale Stimme im Bund

Senat muss aktiv werden

Sozialpolitik fällt in weiten Bereichen in die Kompetenz des Bundes. Hamburg braucht deshalb eine starke soziale Stimme im Bund. Vom Hamburger Senat erwarten wir deshalb erfolgreiche Gesetzesinitiativen im Bundesrat zu den drängenden sozialpolitischen Aufgaben der nächsten Jahre:

- In der Rentenpolitik muss der wachsenden Altersarmut durch Anhebung und Stabilisierung des Rentenniveaus begegnet werden;
- Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes und Programme zur Unterstützung langzeitarbeitsloser Menschen;
- Pflege menschlicher machen. Die Erwartungen der Bürger an die Pflegeversicherung im Pflegefall nicht enttäuschen;
- Grundsicherung an die tatsächlichen Bedarfe anpassen. Durch kräftige Anpassung des Wohngeldes steigende Mieten und Energiepreise auffangen;
- Eingliederungshilfe vernünftig reformieren, aber nicht die Menschen mit Behinderung im Stich lassen.

Wählen gehen!

Nutzen Sie Ihre Stimmen, um bei der Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015 diesen sozialpolitischen Grundsätzen mehr Gewicht zu verleihen!

Soziale Härte kann jeden treffen ...

Eine Beratung in einer unserer Geschäftsstellen schützt Sie davor. Denn der SoVD Hamburg hilft seinen Mitgliedern und berät zu allen Fragen des Sozialrechts. Wir informieren Sie darüber, was Ihnen zusteht und helfen Ihnen bei der Antragstellung und bei Widersprüchen oder Klagen gegen ablehnende Bescheide.

Informieren auch Sie sich in einer unserer Beratungsstellen in Ihrer Nähe:

SoVD
Sozialverband Deutschland
Landesverband Hamburg

Jetzt informieren und Mitglied werden
unter: www.sovd-hh.de
oder unter: 0 40 – 611 60 70

Berufsunfähigkeit
Pflegefall
Arbeitslosigkeit
Behinderung
Altersarmut

Soziale Härte kann jeden treffen. Unsere Beratung schützt Sie davor.

Jetzt Mitglied werden:
www.sovd-hh.de
oder anrufen:
040 / 611 60 70

SoVD
Sozialverband
Deutschland